

UKRAINE

Piraten an der Pipeline



Mächtiger Konzern: Gazprom Hauptsitz in Moskau.

(Foto: Gazprom)

Ein Jahr nach der "orangenen Revolution" ist die neue Führung gespalten. Viele Ukrainer sind enttäuscht, und der Druck aus Russland wächst.

"Wir leben nicht im Dschungel, sondern in der zivilisierten Welt", empörte sich Alexander Medwedew, der Vizedirektor des russischen Energiekonzerns Gazprom. Es sei "Erpressung" und das "Verhalten von Piraten", wenn die ukrainische Regierung drohe, 15 Prozent des in Pipelines durch das Land transportierten Erdgases zu entnehmen, ohne den von Gazprom geforderten fünffachen Preis zu zahlen.

"Das ist unser unbestrittenes Recht", sagte dagegen der ukrainische Premierminister Jurij Jechanurov. Der sehr niedrige Preis war zwischen der ukrainischen Naftohaz und der Gazprom 2004 mit einer vertraglichen Laufzeit bis 2009 festgelegt worden. Gazprom droht nun, im Januar 2006 die Gaslieferung einzustellen. Da zentrale Pipelines durch die Ukraine in den Westen führen, könnte der Konzern bei einem vollständigen Lieferstopp seinen Verpflichtungen gegenüber Deutschland und Frankreich nicht mehr nachkommen. Andererseits benötigt die Ukraine mehr Gas, als sie von den transportierten Mengen abzweigen kann, damit die Bevölkerung im Winter nicht frieren muss und die Wirtschaft nicht kollabiert. Der Minister für Industriepolitik, Volodymyr Schandra, geht davon aus, dass die Industrie, die mit veralteter Technik arbeitet, ihren Erdgasverbrauch um 67 Prozent

reduzieren könne. Zur Modernisierung jedoch fehle das Geld.

Gazprom bezeichnet die Preiserhöhung als Anpassung an die Marktbedingungen, und der russische Außenminister Sergej Lawrow betont, es handle sich um eine "rein ökonomische" Frage. Doch nicht nur die ukrainische Regierung glaubt an politische Hintergründe: Vor den für März geplanten Wahlen sollen die prowestlichen Kräfte in der Ukraine geschwächt werden.

Der Konflikt mit Russland ist nur eines der Probleme, denen die neue politische Führung gegenübersteht. Massenproteste gegen die Manipulation der Präsidentschaftswahlen hatten Ende 2004 Neuwahlen erzwungen, die Viktor Juschtschenko gewann. Doch ein Jahr nach dieser "orangenen Revolution" sind viele Ukrainer enttäuscht von den Ergebnissen.

Die neue Regierung hatte Initiativen gegen die weitreichende Korruption und soziale Maßnahmen sowie eine Erhöhung der Renten gestartet. Doch insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gab es im "orangenen Lager" von Anfang an Meinungsverschiedenheiten. Sie betrafen vor allem Fragen der Wiederverstaatlichung großer Betriebe, bei denen der begründete Verdacht bestand, dass bei ihrer Privatisierung Korruption im Spiel war. Insbesondere westliche Investo-

ren fürchteten, dass es in der Ukraine generell in Eigentumsfragen keine Rechtssicherheit gebe.

Auch die außenpolitischen Initiativen der neuen Regierung zeigten keine schnellen Erfolge. Juschtschenko verfolgt einen ausgeprägt westorientierten Kurs. Ein zentraler Punkt war hier die Frage beiderseitiger Visaerleichterungen mit der EU. Im April hob die ukrainische Regierung die Visapflicht unter anderem für EU-Bürgerinnen zunächst befristet und im September unbefristet auf. Bislang erhielt sie jedoch keinerlei Gegenleistungen, nicht einmal Einreiseerleichterungen für gewisse Personengruppen wurden gewährt. Der angestrebte Beitritt zur WTO wurde im Dezember 2005 verschoben. Immerhin teilte die Nato Mitte Dezember mit, man sei an der Ukraine stark interessiert und würde sie wohl beim Nato-Gipfel 2008 zum Beitritt einladen.

Innenpolitisch sorgte insbesondere für Unzufriedenheit, dass 2005 die Lebenshaltungskosten immens stiegen. Allein im November stiegen die Preise für Kartoffeln um 28, für Gemüse um 19 und für Obst um acht Prozent. Insgesamt erhöhten sich die Preise für Lebensmittel von Januar bis November 2005 um fast zehn Prozent. Im öffentlichen Nah- und Fernverkehr kletterten die Preise um fast 24 Prozent und bei der Hochschulbildung um 17 Prozent. Die Hoffnung auf soziale Verbesserungen hat sich für die meisten Ukrainer nicht erfüllt.

Im September fiel das Bündnis der "orangenen Revolution" auseinander. Juschtschenko entließ die Regierung, und gegen einzelne Mitglieder wurde wegen Korruption ermittelt. Für eine Bewegung, die mit Fragen politischer Moral Propaganda betrieben hatte, war das eine Bankrotterklärung.

Bei den Parlamentswahlen am 26. März 2006 wird sich herausstellen, ob trotz der starken Enttäuschung in der ukrainischen Gesellschaft Juschtschenko mit einem wie auch immer gearteten Bündnis seinen bisherigen Kurs fortsetzen kann. Von seinem alten Gegenspieler und Gegner bei den Präsidentschaftswahlen 2004, dem Vorsitzenden der Partei der Regionen, Viktor Janukovytsch, unterscheidet ihn insbesondere die ausgeprägte Westorientierung. Entsprechend stark bemühen sich derzeit beide Seiten, die Notwendigkeit und die Bedeutung einer stärker an Russland oder an der EU ausgerichteten Politik klarzustellen. Der neue Premierminister Jurij Jechanurov wirbt mit einem "gemäßigten Programm" intensiv um die verschreckten westlichen Investoren. Ihnen wurde zugesichert, dass die zu Beginn des Jahres abgeschafften Privile-

gien in so genannten Sonderwirtschaftszonen und Territorien prioritärer Entwicklung wie Mehrwertsteuer- und Zollfreiheit wieder eingeführt werden.

Außenpolitisch wird dies mit Initiativen wie der Gründung der von Juschtschenko mit dem georgischen Präsidenten ins Leben gerufenen "Gemeinschaft der demokratischen Wahl" flankiert. Neun Regierungschefs und hochrangige Vertreter der OSZE sowie von NGOs trafen sich Mitte Dezember in Kiew. Beteiligt sind auch die baltischen Staaten, Moldawien und Polen. Dieses Bündnis soll eine neue Zusammenarbeit zwischen "Europa, Mittelasien und dem Fernen Osten" in die Wege leiten. Die Zusammenarbeit soll die einzelnen Staaten gegen russische Einflussnahme stärken. Der ukrainische Außenminister Borys Tarasiuk erklärte, dass sich die Ukraine überlege, aus der GUS auszutreten.

In der Auseinandersetzung mit Russland stehen auch der ukrainischen Regierung Druckmittel zur Verfügung. Sie droht nun, die Gebühren für die im russischen Stützpunkt Sevastopol auf der Krim verankerte Schwarzmeerflotte zu erhöhen und keinen Zugang mehr zu den Radarbasen auf der Krim und in Mukatschevo nahe der ungarischen Grenze zu gewähren, mit denen Russland den Luftraum in Südeuropa überwacht. In Kiew, Charkiv, L'viv, Ivano-Frankivs'k und anderen Städten fanden bereits mehrere Protestaktionen vor russischen Vertretungen statt. Der Wahlkampf ist bereits im Gange.

Franziska Bruder

Gazprom

Gazprom ist das weltweit größte Erdgasförderunternehmen und das größte Unternehmen Russlands. Der ehemalige Staatskonzern, der 1998 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, ist heute mit rund 330.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes.

1989 wurde der Geschäftsbereich für Gasförder- und Gastransportindustrie des Ministeriums für Erdöl- und Gaswirtschaft der UdSSR in den Staatskonzern Gazprom umgewandelt. Der Leiter des Ministeriums, Viktor Tschernomyrdin, wurde dabei selbst zum ersten geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden gewählt. Der Konzern brachte fast die gesamte Gaswirtschaft der Russischen Föderation unter seine Kontrolle. Es entstand ein Unternehmen, das neben den potentiellen Ressourcen vor allem in West- und Nordsibirien, über etwa 16 Prozent aller sicher wirtschaftlich gewinnbaren Gasreserven der Welt verfügt. Das weltgrößte Pipeline-System von Gazprom mit einer Länge von rund 150.000 Kilometer transportiert das Erdgas an 179 Verteilungsstationen, die über ein Leitungsnetz von 428.000 Kilometer rund 80.000 Städte und Ortschaften in Russland beliefern.

1993 wurde das Gesetz "Über die Umgestaltung des Staatskonzerns Gazprom in eine staatliche Aktiengesellschaft" verabschiedet. Kurz darauf unterschrieb Gazprom die ersten Partnerschaftsverträge mit Gaz de France und Neste (Finnland).

Gazprom fordert laut eigener Aussage von der Ukraine, auch wegen einer Aufforderung durch die Welthandelsorganisation (WTO) und der Zielsetzung seiner europäischen Gesellschafter bzw. Aktionäre, eine Anpassung des vergleichsweise niedrigen Preises auf Weltmarktniveau. Die Ukraine lehnte dieses in den seit März 2005 laufenden Nachverhandlungen aufgrund knapper Kassen ab und verlangte eine schrittweise Anpassung des Preises.

Die Erdgasförderung des Konzerns lag 2004 bei 545 Milliarden Kubikmeter, der Reingewinn belief sich umgerechnet auf 4,689 Mrd. €. Gazprom berechnet für Erdgas unterschiedliche Preise, jeweils für 1000 Kubikmeter Erdgas (Stand 01.01.2006): Weißrussland: 46,78 Dollar, Ukraine: 50 Dollar (bis 31.12.2005), Georgien: 110 Dollar (für 2006). Der Weltmarktpreis liegt derzeit bei etwa 230 Dollar.

Die Gas-Lieferungen an Weißrussland zu einem Vorzugspreis gelten, weil Weißrussland im Gegenzug sein Gas-Pipeline-Netz an Russland für etwa 50 Jahre an Russland verpachtet hat. Der Ukraine liegt ein vergleichbares Angebot von Russland vor.

Die Gesamtzahl der Aktionäre beträgt rund 460.000 juristische und private Personen. Die Russische Föderation selbst besitzt 38,37 Prozent der Aktien (Stand 2005). Strategisches Leitungsgremium der Aktiengesellschaft ist der Aufsichtsrat, der von der Generalversammlung der Aktionäre für jeweils ein Jahr gewählt wird. Gegenwärtiger Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Erste Stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation Dmitri Medwedew.